Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
Dr. Ewald Schulze in Halle.

(Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc. Anschluß-Nr. 176.)

Saale-Zeitung.

Zweiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 130. Halle a. d. Saale, Freitag den 18. März 1898.

Der Kampf um die Schiffe

ist vorüber. Die langen Fehden in der Presse, in Versammlungen, im Parlament haben das Ende gefunden, das nach der ersten Flottenrede des Herrn Lieber mit Sicherheit zu erwarten stand. Zwar ist noch in den jüngsten Tagen behauptet worden, Kardinal Kopp sei nach Rom gereist, um dort mit der Kurie über den Preis zu verhandeln, gegen dessen Erlegung das Centrum die Flottenvorlage anzunehmen bereit sei; aber die Unwahrscheinlichkeit dieser Meldung war handgreiflich; dazu waren die Dinge längst zu weit gediehen, als daß das Centrum noch hätte zurückweichen können. Wenn ein Theil der ultramontanen Presse noch bis in diese Tage hinein Herrn Lieber angriff und geradezu aufforderte, sein Mandat niederzulegen, so war auch das nichts als ein kleines Zwischenspiel in der großen Komödie. Das Centrum war längst entschlossen, das Flottengesetz zu bewilligen; durch die Bereitwilligkeit des Centrums ist auch die Frist für die Durchführung des Gesetzes noch über die Anträge der Regierung hinaus um ein Jahr verkürzt worden, und jetzt hat sich die Partei auch in der Deckungsfrage vollkommen mit dem einverstanden erklärt, was wir als das Ergebniß der Debatte von Anfang an vorausgesagt haben: nämlich mit einer platonischen Versicherung der verbündeten Regierungen, nöthigenfalls die Mehrkosten des Flottengesetzes auf die stärkeren Schultern abzuwälzen.

Wer hätte jemals in Zweifel ziehen können, daß der Bundesrath sich weigern werde, eine solche Erklärung abzugeben? In der That ist eine solche Zusage ganz unverbindlich, weil in letzter Reihe die Meinungen, welche Steuern die schwächeren Volksklassen belasten, sehr auseinandergehen können, sodann aber keine Regierung Bedenken tragen wird, auf Grund veränderter Umstände eine veränderte Auschauung zu vertreten. Hat doch schon Fürst Bismarck gesagt, auch völkerrechtliche Verträge werden nicht für die Ewigkeit abgeschlossen, auch wenn ausdrücklich in der Einleitung des Vertrags gesagt wird, daß er für ewige Zeiten gelten soll. Wenn ein Staat erkenne, daß der Vertrag seinen Interessen nicht mehr entspreche, so müsse er eben offen und geradezu erklären, daß er nicht mehr in der Lage sei, an dem Vertrage festzuhalten. Wenn eine Regierung so schon gegen eine fremde Regierung handeln kann und muß, wie sollte sie Bedenken tragen, der eigenen Volksvertretung gegenüber weniger Muth der Inkonsequenz zu zeigen? Also konnte es für den Bundesrath schlechthin keinen Grund geben, die von dem Centrum verlangte Erklärung über die Deckungsfrage nicht zu ertheilen, vorausgesetzt, daß mit dieser Form der Erklärung das Centrum einverstanden war. Das aber ist der Fall; denn Herr Lieber so gut wie Frhr. v. Hertling haben sich mit der Erklärung des Grafen Posadowsky freudig zufrieden gegeben. Die Streitaxt ist begraben, überall herrscht eitel Freude und Wohlgefallen.

Was hat Graf Posadowsky eigentlich am Mittwoch erklärt? Wir müssen zugeben, daß seine Erklärung der Sachlage entspricht. Daß der Bundesrath sich weder mit einer Reichseinkommensteuer, wie sie die Sozialdemokratie verlangte, noch mit einem Eingriff in die Zuständigkeit der Einzelstaaten und der Anweisung der Flottenkosten auf die höheren Klassen der Staatseinkommensteuer, wie das Centrum wollte, noch endlich mit der Reichsvermögenssteuer nach dem Antrag der freisinnigen Volkspartei einverstanden erklären würde, stand von vornherein fest. Was also konnte nach Ablehnung aller dieser Pläne vom Bundesrath erwartet werden? Nichts als eine Zusage, daß der Mehrertrag nicht durch Erhöhung der Vermehrung der den Massenverbrauch belastenden indirekten Reichssteuern gedeckt werden soll. Offenbar war auch darüber schon ein Einverständniß zwischen der Reichsregierung und dem regierenden Centrum hergestellt.

Es wird also in das Flottengesetz ein § 9 aufgenommen, der bestimmt, daß der das bisherige Flottenbudget übersteigende Betrag, sofern die eigenen Einnahmen des Reichs nicht ausreichen, nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der den Massenverbrauch belastenden indirekten Reichssteuern gedeckt werden dürfe. Die Einzelregierungen werden außerdem darauf Bedacht nehmen, bei der Nothwendigkeit einer Erhöhung der Gesammtsteuerlast infolge des Flottengesetzes die starken Steuerkräfte heranzuziehen. Das alles ist nur die Erfüllung von Erwartungen, die der unbefangene Beobachter schon seit Monaten hegen mußte. Ob in der Sache ein großer Unterschied zwischen einer Erklärung des Reichskanzlers und des Bundesraths ist, kann allerdings zweifelhaft erscheinen. Die Zusage der verbündeten Regierungen richtet sich nur gegen die Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Steuern. Die Zölle werden aber erklärtermaßen nicht zu den indirekten Steuern gezählt; es würde also beispielsweise nichts entgegenstehen, selbst den Petroleumzoll zu erhöhen, wie denn insbesondere eine Erhöhung der Getreidezölle ausdrücklich als erlaubt bezeichnet wurde. In einem Punkt ist die Zusage des Bundesraths und § 9 des Flottengesetzes allerdings von Bedeutung. Diesen Punkt hat in der Kommission der Abg. Richter hervorgehoben. Durch das Gesetz wird nämlich in jedem Falle eine Erhöhung der Brausteuer erschwert; denn daß das Bier ein Artikel des Massenverbrauchs ist und die Brausteuer eine indirekte Reichssteuer, kann füglich einem Zweifel nicht unterliegen. Diese Klausel ist daher werthvoll, wenn bekanntermaßen allerlei Umfragen im Gange waren, die auf die Vorbereitung einer wesentlichen Erhöhung der Brausteuer, wenn auch unter der verhüllenden Form einer Staffelung der Steuersätze, abzielten.

Vorerst indessen bleibt die Regierung bei der Behauptung, daß überhaupt keine neuen Steuern zur Durchführung des Flottengesetzes nöthig seien. Wie dem auch sei, jedenfalls scheidet die Flottenfrage jetzt aus dem Wahlkampfe aus; sie wird weder auf der Rechten noch auf der Linken irgendwie zu ernsten Kämpfen führen. Die Parteien können sich daher ungehindert lediglich nach den Grundsätzen der allgemeinen Politik gruppiren oder zugleich der Wirthschaftspolitik, die im nächsten Reichstage eine ausschlaggebende Bedeutung haben wird, die Geltung auch bei den Wahlen beilegen, die ihr gebührt. Durch die Aufrufe der Rechten wie der Linken ist die Wahlbewegung bereits in lebhaften Fluß gekommen; eine große Reihe Mitglieder der nationalliberalen Partei hat sich dem Aufruf zum Schutz der bisherigen Handelspolitik angeschlossen. Täglich mehrt sich die Zahl der Unterschriften. Die für einen Augenblick versuchte Darstellung, als enthalte der Aufruf gegen die agrarische Sammlung ein Bekenntniß zum Freihandel, ist schnell widerlegt worden. Weitaus die Mehrzahl der Unterzeichner des Aufrufs ist geradezu schutzzöllnerisch gesinnt. Neuerdings findet der Aufruf besonders in dem schutzzöllnerischen Westfalen und in dem ebenso schutzzöllnerischen Königreich Sachsen eine Menge Unterschriften gerade bei nationalliberalen und selbst konservativen Fabrikanten. Unter diesen Umständen ist es nur erfreulich, daß durch das Ausscheiden der Flottenparole der Wahlkampf an Klarheit und Durchsichtigkeit gewinnt.

Die Wahlen aber finden am 16. Juni statt, also in knapp drei Monaten. Auf den Kampf um die Schiffe folgt der Kampf um die Mandate. Kein Reichstag seit zwei Jahrzehnten hat so wichtige Aufgaben zu lösen, so schwere Gefahren abzuwenden, wie das Parlament, das aus den Wahlen von 1898 hervorgehen wird. Und darum gilt heute mehr denn je das Wort, das einst Nelson vor der Schlacht von Trafalgar ausrief: Das Vaterland erwartet, daß jedermann seine Schuldigkeit thue!

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 18. März. Es verdient besonderere Erwähnung, daß der Kaiser durch Herrn Lucanus den Grafen Dönhoff-Friedrichstein telegraphisch nach Berlin berufen und zu dem Vortrag des Professors Intze aus Aachen über Thalsperren hinzugezogen hat. Graf Dönhoff ist bekanntlich seiner Zeit wegen seiner Zustimmung zu dem russischen Handelsvertrag aus der konservativen Partei ausgeschlossen worden. In seinem Wahlkreise Königsberg-Land hat der Bund der Landwirthe mit Zustimmung der konservativen Parteileitung ihm den Grafen Dohna gegenübergestellt, um ihm das Mandat abzunehmen.

Intimes aus dem Eisenbahnbetrieb.

Bei der heute beginnenden Berathung des preußischen Eisenbahnetats wird die Frage der Betriebssicherheit der Eisenbahnen voraussichtlich zu lebhaften Erörterungen führen. Es ist namentlich einmal festgestellt, daß ein Theil der in letzter Zeit vorgekommenen Unfälle zusammenhängt mit der Ueberanstrengung der Eisenbahnbeamten infolge der unangebrachten Sparsamkeitspolitik, dann aber auch, daß die Sicherheitsanlagen auf den preußischen Bahnen außerordentlich zu wünschen übrig lassen. So ist, um nur ein Beispiel anzuführen, die Geringwerthigkeit der Sicherungsanlagen auf den preußischen Bahnen bei dem schweren Eisenbahnunglück in Herne in krassester Weise zu Tage getreten. Der „Frkf. Ztg." war gleich nach jenem Unglück mitgetheilt worden, daß Sachverständige sofort, bevor sie noch etwas Näheres wußten, in der dort vorhandenen Spitzweiche und ihrem mangelhaften Weichenverschluß die Ursache der Katastrophe erblickt hatten. Das Blatt hat daraufhin weitere Nachforschungen angestellt und ist zu überraschenden und geradezu erschreckenden Ergebnissen über die vorhandenen vermeintlichen Sicherheitseinrichtungen gekommen. Zunächst hat sich vollauf bestätigt, daß in der That jene „Unglücksweiche" das Unglück verschuldet hat. Ein Ungefähr hat der „Frkf. Ztg." zur Kenntniß folgenden Telegrammes der Essener Eisenbahndirektion verholfen, das unmittelbar nach dem Unglück abgesandt wurde:

„Größter Theil der Zimmermann'schen Hakenschlösser ist aus den Gleisen zu entfernen, weil betriebsunsicher; dieselben sollen durch Zidel'sche Hakenschlösser ersetzt werden. Zunächst sind alle Zimmermann'schen Hakenschlösser aus den Hauptgleisen sofort zu entfernen. Hierbei sind auch die Aenderungen der Weichenhebel in den Stellwerken von Ihnen vorzunehmen. Ersuche morgen früh 10 Uhr in Essen zu sein."

In diesem Diensttelegramm vom 27. Jan. d. J. wird also festgestellt, daß die vorhandenen Weichenverschlüsse der genannten Firma betriebsunsicher sind, und die Betriebsdirektion ordnete deshalb sofort ihre Ersetzung durch Hakenschlösser einer andern Firma an, welche als besonders leistungsfähig allgemein bekannt ist. Bemerkt sei, daß die unsichere Anlage in Herne im Jahre 1897 neu ausgeführt worden war, also nur ein Jahr gehalten hatte. Auf den von Essen an das Eisenbahnministerium erstatteten Bericht ist dann von diesem an alle Betriebsinspektionen und Bahnmeistereien unter dem 5. Febr. nachstehende telegraphische Verfügung ergangen, die ebenfalls ein „Zufall" der „Frkf. Ztg." auf den Redaktionstisch geweht hat:

„In den von Zimmermann u. Buchloch gelieferten sogenannten Klemmverschlüssen mit Außenverriegelung und mit offener Gabel am Kloben sind mehrfach die Anschlußhaken an den 20—25 mm starken Stellen durchbrochen, ohne daß dies beim Umstellen der Weichen bemerkt worden ist. Verschlüsse dieser Art sind daher sofort durch die mit den Stellwerken der genannten Firma zusammenpassenden Segmentverschlüsse zu ersetzen. Bis dies geschehen ist, sind vorhandene Verschlüsse unausgesetzter Beobachtung zu unterwerfen und vor Durchfahrt jedes gegen die Spitze fahrenden Zuges auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen. Auch bei der von der genannten Firma später gelieferten Konstruktion der Klemmverschlüsse mit geschlossener Gabel am Kloben hat sich die Unregelmäßigkeit ergeben, daß bei nicht sorgfältiger Unterhaltung ein mangelhaftes Ineinandergreifen der Riegeltheile möglich ist. Bezüglich der Verbesserungen dieser Konstruktion wird Ihnen besondere Verfügung zugehen, vorläufig sind auch diese Verschlüsse sorgfältig zu erhalten, wobei namentlich darauf zu rücksichtigen ist, daß die hochstehende Riegelkrippe der Klammer während der Bewegung der abliegenden Zunge, nach der Anschlagschiene zu, an dem mit der Anschlagschiene verbundenen Führungsstück sicher gleitet. Soweit Verschlüsse dieser Art an den von Zügen zu befahrenden Spitzweichen angebracht sind, sind sie täglich auf ihre sichere Regelung zu prüfen."

An dieser telegraphischen Verfügung fällt vorab das Eine auf, daß die darin genannte Firma trotz der umzureichenden Ausführung der ersten Weichenschlösser dennoch wiederum mit der Lieferung der neuen Schlösser bedacht wird; es ist also die Inanspruchnahme der von Essen in Aussicht genommenen Firma Zidel wieder von der Eisenbahnverwaltung rückgängig gemacht worden. Dem hier durch den Herner Fall festgestellten Mißstand bei den Betriebskonstruktionen reihen sich zahlreiche andere an. Diese Uebelstände wurzeln in zwei Grundfehlern des Systems, deren Abstellung allein zu einer Besserung führen kann: einmal an dem Mangel wirklich sachverständiger Techniker in der Eisenbahnverwaltung und namentlich in den leitenden Stellen, und zweitens daran, daß die Aufträge der Eisenbahnverwaltung für Sicherheitsvorkehrungen im Submissionswege an den Mindestfordernden gegeben werden, nicht an den, der die beste Bürgschaft für tadellose Ausführung bietet. Also büreaukratische Unfähigkeit und falsche Sparsamkeit wirken hier zusammen zur offensichtlichen Gefährdung der Betriebssicherheit auf den Eisenbahnen. Wir hoffen mit dem citirten Blatte, daß diese Thatsachen im Abgeordnetenhause nachdrücklichst zur Sprache gebracht werden, und daß man sich nicht mit Beschönigungsversuchen der Regierungsvertreter zufrieden gibt.

Parlamentarisches.

* Ueber den Gesetzentwurf, betr. den Staatshaushalt oder, wie er früher genannt wurde, über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben, das sog. Komptabilitätsgesetz, liegt jetzt der Kommissionsbericht des Abgeordnetenhauses vor. Die Kommission hat sich auf lediglich redaktionelle Abänderungen zu dem Miquel'schen Entwurf beschränkt. Derart hält der Entwurf auch in der Kommissionsfassung alle bisherigen Kronrechte zur Niederschlagung von Defekten, Nachlaß von kontraktlichen Verpflichtungen, Befreiung von Steuern unverändert aufrecht. Das bisherige Etatsrecht wird vielfach dadurch eingeschränkt, daß an Stelle bisher möglicher Festsetzungen im Etat nunmehr bindende gesetzliche Bestimmungen treten, die ohne Zustimmung der Regierung und des Herrenhauses nicht abgeändert werden können. Der Entwurf führt wegen der Remunerationen aus ersparten Gehältern nicht einmal diejenigen Beschränkungen ein, die im Reichshaushalt seit vorigem Jahre in Kraft getreten sind.

* Die Postkommission des Reichstages begann am Donnerstag die Berathung der Novelle. Staatssekretär v. Podbielski theilte eine Statistik der Personalverhältnisse der Privatpostgesellschaften mit, sowie die ihm aus der Reihe der Interessenten zugegangenen Vorschläge zur Zeitungstarifreform. Ferner wurden Mittheilungen gemacht über die beabsichtigten Ausdehnungen des Lokalportos. Die Postverwaltung wünscht, daß diese Mittheilungen vorläufig sekret behandelt werden. Die Diskussion förderte nur Wiederholungen der Ausführungen im Plenum über den Inhalt der Novelle und die weiteren Absichten der Postverwaltung zu Tage. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Es gewinnt bis jetzt nicht den Anschein, als ob in der Kommission sich für die Ausdehnung des Postregals eine Mehrheit ergeben wird.

Parteinachrichten.

h. Die agrarische Selbstlosigkeit hat sich in den gestrigen Verhandlungen des sächsischen Provinziallandtages wieder einmal im schönsten Lichte gezeigt, und zwar bei der Berathung über den Schneider'schen Antrag betr. den Weser-Elbe-Kanal (s. heutiges Morgenblatt). Den ablehnenden Standpunkt der Agrarier in dieser wichtigen Angelegenheit vertraten die Abgg. v. Erffa, Graf v. d. Schulenburg und v. Plötz, die abermals mit dem Einwande kamen, daß durch einen Kanal, wie den in Rede stehenden, nur der Getreideimport erleichtert und damit die einheimische Landwirthschaft geschädigt werde. Die Devise „Kein Kanitz, keine Kanäle" leuchtete auch hier wieder einmal überall durch. Wenn aber Herr v. Plötz die Kanäle als „Einfallsthor für fremdes Getreide" bezeichnete, so scheint er ganz und gar an unsere großen schiffbaren Ströme vergessen zu haben, die, wie beispielsweise die Elbe von dem Hauptgetreideeinfuhrpunkte Hamburg aus, das Binnenland schon längst mit Getreide versorgen. Seine Versicherung, daß die Landwirthschaft, getreu dem Rufe der „Sammlung," der Industrie und dem Handel alles mögliche zu geben bereit sei, aber nur um Gottes willen nur keine Kanäle, steht sonach auf recht schwachen Füßen. Gerade hier hätten unsere Agrarier, deren Reden doch sonst so von Selbstlosigkeit triefen, einmal die schönste Gelegenheit gehabt, solche Bereitschaft zu beweisen; aber sie werden sich, getreu ihrer bisherigen Haltung, auch in diesem Falle hüten, nun einmal für ein Kulturunternehmen zu stimmen, von dem Industrie und Handel anscheinend größeren Vortheil haben als sie selber. Wir fürchten aber, daß auch die gestrigen weitausschauenden Ausführungen des Oberpräsidenten Herrn v. Bötticher, der doch erst neulich hier in Halle eine so tiefe Verbeugung vor den Agrariern gemacht hat, an diesem ablehnenden Standpunkte der Herren nichts ändern werden.

* Der hochschutzzöllnerische Sammelaufruf hat in Süddeutschland wenig Sympathien gefunden. Bayern ist mit Ausnahme Augsburgs sehr schwach vertreten, in Baden haben nur einige waschechte Agrarier unterzeichnet und für Württemberg berichtet der „Beobachter" folgendes Kuriosum: „Nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980318029/fragment/page=0001

mühlsamem Suchen durch die langen Namensreihen stießen wir auf einen todten und ganze vier lebende Schwaben. Der todte Schwabe, der laut „Kreuzztg." am 11. März 1898 noch den Aufruf unterschrieben haben soll, ist der am 19. Januar d. J. verstorbene Frhr. v. Gültlingen, M. d. R.; die anderen sind: M. v. Duttenhofer, Geh. Kommerzienrath, Rottweil; Kroeß u. Cie., Glasfabrik, Schönminzach (OA. Freudenstadt); E. Lang, Geh. Kommerzienrath, Blaubeuren; und — „erwischt man noch den vierten, dann ist's ein Kartenspiel": E. Weibel, Kommerzienrath, Kuchen (OA. Göppingen). Das ist alles, was sich aus Württemberg für diese nationale Sammlung begeistert hat." Viel ist das wirklich nicht. Daß die Sammlungspolitiker auch die Unterschrift des verstorbenen Gültlingen unter ihren Aufruf setzten, läßt ahnen, „wie es gemacht worden ist." Man hat einfach das Fraktionsverzeichniß abgeschrieben.

* Wie es in der Praxis mit der Miquel'schen „Sammlung" aussieht, dafür kommt aus dem (13. badischen) Reichstagswahlkreise Sinsheim-Eppingen-Bretten-Wiesloch ein drastisches Beispiel. Die Konservativen stellen den seitherigen Mandatsinhaber Graf Douglas auf, der als „alter Kartellvertreter" bei früheren Wahlen auch die Stimmen der Nationalliberalen erhielt. Die Nationalliberalen kommen mit einem eigenen Kandidaten, Major Köhnhorn, da sie der Meinung sind, im Wahlkreise ebenso mächtig zu sein wie die Konservativen. Daneben hat auch der Bund der Landwirthe die Kandidatur des Gutsbesitzers Lucke-Patershausen beschlossen. Das wären drei auf das Programm der „Sammlung" eingeschworene Kandidaten in einem Wahlkreise!

* In Goslar ist der Landtagsabgeord. Fabrikant Horn als nationalliberaler Kandidat für die Reichstagswahl aufgestellt worden, weil der bisherige Reichstagsabgeord. Oberbergrath Engels aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl kaum annehmen dürfte. Da ein anderer Kandidat in der freikonservativen Partei nicht gefunden wurde, hatte diese auf einen eigenen Kandidaten verzichtet und der nationalliberalen Partei die Bestimmung des Kandidaten überlassen.

* In Elberfeld-Barmen bewirbt sich auch Oberstlieutenant a. D. M. v. Egidy um das Reichstagsmandat. Die dortigen Nationalliberalen wollen den Kandidaten der verbündeten Parteien, Stadtrath Evertsbusch (freisinnig) empfehlen. Der Wahlkreis befindet sich seit 1874, von zwei Unterbrechungen abgesehen, in den Händen der Sozialdemokraten.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Im Anschluß an das Telegramm im heutigen Morgenblatte über den gestrigen Beschluß der berliner Stadtverordneten, durch eine Abordnung der Stadtverordnetenversammlung einen Kranz auf die Grabstätte der Märzgefallenen niederlegen zu lassen, berichten wir noch: Nachdem der Antrag mit 58 gegen 40 Stimmen genehmigt, erhob sich Herr Oberbürgermeister Zelle und erklärte: „Ich habe ein Reskript des Herrn Oberpräsidenten mitzutheilen, das sich auf diese Angelegenheit bezieht." Unter allgemeiner Bewegung verlas Herr Zelle nun das folgende Reskript des Oberpräsidenten, das aus Potsdam vom 15. d. datirt ist:

„Zeitungsnachrichten zufolge ist von dem Stadtverordneten Peris und Genossen bei der dortigen Stadtverordneten-Versammlung der Antrag eingebracht worden, durch eine aus Mitgliedern der Versammlung bestehende Abordnung am 18. d. M. einen Kranz auf die Grabstätte der Märzgefallenen niederlegen zu lassen. Ein diesem Antrage entsprechender Beschluß würde die Befugnisse der Stadtverordneten-Versammlung überschreiten, da er nichts anderes als eine Demonstration zur Verherrlichung der Revolution sein würde, somit über den Kreis derjenigen Angelegenheiten hinausgehen würde, welche nach der Städteordnung vom 30. Mai 1853, insbesondere dem § 35 derselben, der Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung zugewiesen sind. Auf Grund des § 15 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wolle ich demzufolge hierdurch den Magistrat an, einen etwaigen Beschluß dieser Art, möge er sich nun dem eingebrachten Antrage unmittelbar anschließen oder etwas dem Inhalt oder Zweck nach Aehnliches zum Gegenstande haben, nach Maßgabe der erwähnten Gesetzesvorschrift mit aufschiebender Wirkung unter Angabe der vorstehend dargelegten Gründe zu beanstanden und zwar derart, daß die Beanstandung in derselben Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, unmittelbar nachdem der Beschluß gefaßt worden ist, ausgesprochen wird."

Nach der Verlesung des Reskripts erklärte der Oberbürgermeister: „Ich habe demnach im Namen des Magistrats den soeben gefaßten Beschluß mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden." Ein dringlicher Antrag des Stadtv. Singer, gegen das Reskript beim Oberverwaltungsgericht die Klage einzureichen, soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden. Nach Schluß der Verhandlungen beschloß die neue Fraktion der Linken, heute, am 18. März, in corpore einen Kranz auf die Grabstätte der Märzgefallenen im Friedrichshain niederzulegen.

Kolonialangelegenheiten.

* Ueber die Vorgeschichte der Erwerbung Kiaotschaus theilte der Reichstagsabgeordnete Dr. Hasse im Alldeutschen Verband, Abtheilung Leipzig, folgendes nähere mit:

Die erste Anregung für Deutschland, in Ostasien festen Fuß zu fassen, gab die Schwenkung der öffentlichen Meinung zu Gunsten Chinas im chinesisch-japanischen Kriege, die uns beim Frieden von Schimonoseki an die Seite Chinas führte. Schon vor 2½ Jahren erhielt die deutsche Flotte den Auftrag, die chinesische Küste nach einer geeigneten Flottenstation zu inspiziren. Hesse, welcher im Reichstage darüber interpelliren wollte, wurde bedeutet, davon abzustehen, da die Angelegenheit schon beinahe am Ziele sei. Dem war aber nicht so. Während unsere Marine die Flottenplätze Ostasiens abfuckte, blieb unsere Diplomatie, die vergeblich Verhandlungen über die Abtretung eines Gebietes in China gepflogen hatte, bedeutend zurück. Die Angelegenheit wäre gänzlich gescheitert, wenn nicht im Juni d. J. der Kaiser selbst gründlich dazwischen gefahren wäre. Dies sind die Gründe für den damaligen Personenwechsel. Der Kaiser nahm die Sache persönlich in die Hand und knüpfte in energischer Weise Verhandlungen mit Rußland an. Alles war vorbereitet, es fehlte nur noch der Anlaß, um vorzugehen. Dieser fand sich in der Ermordung der Missionare in Schantung. Nach einer kurzen Vorverhandlung setzte sich Kaiser Wilhelm mit dem Zaren in persönliches Einvernehmen und gab dann telegraphisch die nöthigen Anweisungen. Admiral Diederichs schiffte sofort die Barackenlager aus und nahm von Kiautschau Besitz.

* Der Kolonialrath soll diesmal im Frühjahr nicht einberufen werden, sondern nur im Herbste eine Tagung abhalten, wie dies schon 1896 und 1897 der Fall war. Allem Anscheine nach besteht die Absicht, diese Körperschaft fernerhin überhaupt nur einmal im Jahre einzuberufen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

49. Sitzung vom 17. März, 11 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Am Ministertische: Dr. Bosse u. a.

Die zweite Berathung des Kultusetats wird fortgesetzt bei den Ausgaben Kapitel „Medizinalwesen."

Abg. Graf **Douglas** (freikons.) bringt namens seiner Partei die Medizinalreform zur Sprache. Bei derselben seien vier Ministerien betheiligt und dadurch sei die Gefahr vorhanden, daß die so wichtige Sache noch weiter verzögert werde. Finanzielle Bedenken könnten dabei nicht ins Feld geführt werden. Wie nothwendig eine solche Reform sei, habe jetzt wieder der Fall in Saarbrücken ergeben. Der Typhus sei überhaupt in der Armee ziemlich verbreitet und fast immer nachweislich von außen importirt. Beim Militär, wo viele Personen zusammenwohnen, sei der Typhus immer noch leicht erklärbar, aber man denke sich den Fall, daß eine solche Typhusepidemie, wie in Saarbrücken beim Militär, einmal im Civil ausbräche. Ehe die Krankheit als diese Epidemie erkannt werde, könnte unter den jetzigen Verhältnissen lange Zeit vergehen und ein großer Schaden entstehen. Er hoffe, daß in der nächsten Session endlich die Medizinalreform zustande komme.

Abg. Dr. **Martens** (natlib.) bemerkt, in Deutschland hätten sich die sanitären Verhältnisse sehr gebessert. Das zeige vor allem die Zunahme der durchschnittlichen Lebensdauer. Aber diese Besserung sei hauptsächlich nur der Ausdruck der guten Wirkung der sanitären Einrichtungen der großen Städte. Eine Medizinalreform sei immer noch dringend nothwendig. Vielleicht könne man daran denken, ein eigenes Medizinalministerium zu bilden. Arbeit genug werde für dasselbe dann vorhanden sein. In der Medizinalkonferenz seien allerdings die Meinungen darüber weit auseinander gegangen, welche Kompetenzen die Kreisärzte bekommen sollten, aber darüber sei man sich allgemein einig gewesen, daß ihre jetzigen Befugnisse auch nicht den geringsten Ansprüchen genügten. Er hoffe auf eine baldige Einbringung der Medizinalreform.

Abg. Dr. **Kruse** (natlib.) ist der Ansicht, daß die Verzögerung der Reform hauptsächlich daran liege, daß die Medizinalabtheilung mit dem Kultusministerium verbunden sei. Vor allem müsse man die Kreisphysici so stellen, daß sie nicht mehr auf die Privatpraxis angewiesen seien. (Die übrigen Ausführungen des Redners, der der Tribüne den Rücken kehrt, sind nicht zu verstehen.)

Abg. Frhr. **v. Heereman** (Ctr.) bemerkt, er müsse der allgemeinen Erbitterung hier Ausdruck geben, die im ganzen katholischen Volke darüber herrsche, daß die Gesetze betreffend die katholischen Krankenpflegenden immer noch nicht aufgehoben seien. Beleidigen wolle er niemanden, aber zart könne er sich über einen so unzulässigen Zustand nicht äußern, für den das ganze Staatsministerium mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze verantwortlich sei. Der Hauptgrund für diese Kurzsichtigkeit liege im Ministerium des Innern. Eine etwas vernünftige Regierung müßte die barmherzigen Schwestern anders behandeln. Der Erlaß vom vorigen Jahre sei nicht schön und nicht bescheiden. Sollte man etwa beabsichtigen, auch die Krankenpflege wie die Schule zu verstaatlichen, so würden sie noch ein ernstes Wort mit der Regierung sprechen. Die barmherzigen Schwestern hätten selbstlos ihr ganzes Leben den Mitmenschen gewidmet und dafür würden sie vom Staate so schlecht behandelt. Den Orden könnte man jeden Tag ihre Rechte entziehen. Man denke einmal, daß man einer Aktiengesellschaft gegenüber so verfahren könne, ein Schrei des Entsetzens würde dann sich erheben. Wenn der Staat diese barmherzigen Schwestern so behandle, so könne derselbe doch unmöglich ein christliches Bewußtsein und eine christliche Auffassung haben. Der Staat erbittere jetzt mit Gewalt seine christlichen Unterthanen. Schaffen Sie das Gesetz ab, wenn Sie die Katholiken glauben machen wollen, daß er ein christlicher sei und daß nicht der reine Bureaukratismus dort herrsche. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Minister Dr. **Bosse**: Im Staatsministerium ist noch nie ein Zwiespalt über die Behandlung dieser Fragen eingetreten. Ich muß deshalb die Angriffe des Vorredners gegen das Staatsministerium auf mich beziehen und kann auch nicht zugeben, daß der Schwerpunkt hierbei im Ministerium des Innern liege. Ich habe die wärmste und höchste Achtung vor den barmherzigen Schwestern und erkenne auch ihre soziale Wirksamkeit voll an. Wenn der Vorredner von einer „etwas vernünftigen Regierung" spricht, welche die Thätigkeit der Schwestern fordern soll, so kann doch eine vernünftige Regierung von den Schwestern nichts fordern. Sie thun doch ihre Thätigkeit freiwillig. (Rufe im Centrum: Fördern, nicht fordern ist gemeint!) Ob Sie jetzt fordern sagen, früher haben Sie fordern gesagt. Wer hat denn diese Ordensgesetze gemacht? Hat denn damals das Centrum diesen Gesetzen nicht zugestimmt (Widerspruch im Centrum), diesen Kompromißgesetzen? (Erneuter Widerspruch.) Warum ergreifen Sie denn nicht die Initiative, diese Gesetze abzuändern, weshalb gehen Sie denn nicht diesen Weg? Wir haben das Bewußtsein, daß wir diese Gesetze nicht mißbrauchen. Sehen Sie sich doch mal an, wie viel Ordensniederlassungen wir gestattet haben. Die barmherzigen Schwestern wollen wir fördern, so gut wie Sie! (Beifall. Zischen im Centrum.)

Abg. Dr. **Langerhans** (Freis. Vp.) beschwert sich über das abermalige Ausbleiben der Medizinalreform, die schon seit Jahren verlangt werde, und auf die man das Haus stets für das nächste Jahr vertröste. Der Anfang der Lösung wäre die Abtrennung der Medizinalabtheilung vom Kultusministerium und deren Zuweisung zum Ministerium des Innern. In Preußen beständen noch Medizinalanstalten, die in anderen Staaten längst abgeschafft seien; das Seuchengesetz sei zweimal geschändet. Die Angelegenheit der Standesordnung und ärztlichen Ehrengerichte sei noch immer nicht erledigt. Man müsse endlich ernstlich aus Werk gehen. Eine Regelung der Stellung der Kreisphysici sei unbedingt nothwendig, vielleicht könnte man sie losgelöst von der Medizinalreform erledigen.

Abg. **Rickert** (frs. Vg.) spricht sich gegen die Ueberweisung der Medizinalabtheilung an das Ministerium des Innern aus. Gerade aus ärztlichen Kreisen werde energisch gegen diese Uebertragung Verwahrung eingelegt. Jedenfalls sei zu wünschen, daß die Medizinalreform noch vom Kultusminister geregelt werde. Lieber noch als die Ueberweisung an das Ministerium des Innern wäre ihm ein besonderes Medizinalministerium, aber auch dieses halte er für nicht zweckmäßig. Herr v. Bergmann habe sich zwar entschieden für dieses letztere ausgesprochen. Redner habe für dessen Ansicht und Begründung kein Verständniß. Ein Minister müßte mehr Staatsmann als Fachmann sein. Er hoffe, daß in den nächsten Jahren keine Aenderung eintreten werde.

Abg. **v. Heydebrand u. d. Lasa** (kons.): Durch die Erregung, mit der Herr v. Heereman gesprochen, hat er seiner eigenen Sache geschadet. Von unserer Seite ist stets die Thätigkeit der barmherzigen Schwestern anerkannt worden. Das hat Graf Limburg-Stirum sowohl 1895 wie im vorigen Jahre ausdrücklich ausgesprochen. Wir haben also volles Verständniß hierfür, Herr v. Heereman, sowohl für die Thätigkeit der katholischen wie die der evangelischen Schwestern. Aber die Frage hat auch ihre politische Bedeutung (Rufe im Centrum: Warum?), weil die katholischen Schwestern straff organisirt sind und in einer gewissen Abhängigkeit auch von ausländischen Kirchenoberen stehen (Widerspruch im Centrum), das sind Thatsachen, meine Herren! — In der Medizinalreform ist noch alles unklar. Vor allem muß man wissen, wohin der Weg geht. Ich gebe zu, daß die Stellung der Kreisphysici gebessert werden muß. Die Regelung hat aber ihre Schwierigkeiten, da man sich fragen muß, wie soll es mit ihrer Privatpraxis stehen? Aus der gewünschten Neuorganisation würden erhebliche Kosten erwachsen. Eine rein schematische Ordnung ist meiner Ansicht nach sehr bedenklich.

Minister Dr. **Bosse**: Die ganze Medizinalreform wird sich auf einige wenige Aenderungen beschränken (Abg. Rickert: Hört! Hört!), wenigstens so weit ich die Sache jetzt übersehen kann. Der Hauptpunkt wird die wesentliche Besserstellung der Kreisphysici resp. der Kreisärzte sein. Von unten auf wird sich dann das ganze System aufbauen müssen. Ob es schließlich zu einer Reform der Medizinalverwaltung an Haupt und Gliedern führen wird, kann heute noch niemand vorhersehen. Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, die Verhandlungen in dieser Angelegenheit noch in dieser Session zum Abschluß zu bringen; ich glaube aber, mit voller Sicherheit versprechen zu können, daß wir in der nächsten Session mit einer entsprechenden Vorlage an das Haus kommen werden. Herr von Douglas stellt es als schlimm dar, daß wir zu Militärärzten unsere Zuflucht nehmen müssen. Die Medizinalreform wird uns schwerlich eine große Vermehrung des Medizinalpersonals bringen. Ist es denn aber ein großes Uebel, daß wir uns in Nothfällen von Militärärzten helfen lassen? (Sehr richtig!) In solchen Fällen ist einer auf den anderen angewiesen. Es könnte ebenso gut vorkommen, daß die Militärverwaltung sich an Civilärzte um Hilfe wendet. Für die Abtrennung der Medizinalverwaltung werde ich persönlich kein Hinderniß sein.

Unterstaatssekretär **Bartsch**: Schon seit langen Jahren besteht eine allgemeine Anordnung, daß überall, wo sich epidemische Erscheinungen zeigen, die Regierungspräsidenten verpflichtet sind, sofort an die Centralbehörde zu berichten über die Ursachen der Krankheit und die Maßregeln zu ihrer Bekämpfung. Dadurch ist die Centralbehörde in der Lage zu beurtheilen, ob sie eingreifen muß. Zu Saarbrücken ist in der Civilbevölkerung im letzten Jahre nur ein Typhusfall vorgekommen, der nachweisbar mit der epidemischen Erscheinung der Kaserne in keinem ursächlichen Zusammenhange steht. Saarbrücken ist gut kanalisirt, die Epidemie im Erlöschen, für die dortige Civilbevölkerung besteht keine Gefahr. — In der Apothekerfrage schweben Diskussionen zwischen dem Reichsamt des Innern und den einzelnen Bundesregierungen. Die Verleihung von Apothekerkonzessionen liegt nicht in der Hand des Ministers, sondern ist dem Oberpräsidenten übertragen worden. Der Apothekerstand möge Vertrauen zu uns haben, wir hegen das größte Wohlwollen für ihn. Mit den ärztlichen Ehrengerichten und der Standesordnung haben sich bereits die Aerztekammern befaßt. Die Angelegenheit ist so weit gediehen, daß in den nächsten Monaten eine Klärung in den betheiligten Kreisen zu erwarten ist.

Abg. **Böttinger** (nl.) empfiehlt eine bessere psychiatrische Ausbildung der Aerzte.

Abg. Dr. **Virchow** (freis. Vp.) spricht dem Vorredner das Recht ab, in dieser Frage mitzusprechen und die Bevölkerung zu beunruhigen. Sie werden vielleicht noch einmal über zu viel Psychiater klagen. Warum wird denn das Publikum in so großem Umfang verrückt? Redner verweist auf die guten Erfolge, welche die Lostrennung des Veterinärwesens vom Kultusministerium erzielt hat, und betont die Wichtigkeit der Ausbildung der hygienen Gesetzgebung. Im Militärmedizinalwesen haben wir aber ein gutes Vorbild, was daran liegt, daß ein Arzt an der Spitze steht, nicht ein Jurist. Diese Einrichtung könnte auch eingeführt werden, wenn die Medizinalabtheilung an das Ministerium des Innern übergegangen ist. Zum Schluß wendet sich der Redner gegen die Bestrebungen auf Schaffung ärztlicher Ehrengerichte.

Abg. **v. Plettenberg** lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf die saarbrücker Epidemie.

Geheimrath **Kirchner** versichert, daß Uebertragungen auf die Civilbevölkerung nicht vorgekommen sind. Die Baracken liegen allerdings mitten in der Stadt. Es ist aber Sorge getragen, daß jeder Verkehr mit der Civilbevölkerung und jede Ansteckungsgefahr vermieden wird.

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.): Wenn es sich um ganz unmotivirte Angriffe auf die Regierung handelt, wird das Centrum uns stets in der Arena finden. Das Centrum hat den Ordensgesetzen voll zugestimmt. (Widerspruch im Centr.) Nur durch seine Stimme ist das Gesetz zustande gekommen (Hört! Hört!) Auf unseren Antrag — wir waren gegen das Gesetz — war die damalige Abstimmung eine namentliche und unter den Herren, die für das Gesetz gestimmt haben, befindet sich der Name Frhr. von Heereman (Hört! Hört!) Zur weiteren Ordensgesetzgebung boten den Anlaß die Kopp'schen Anträge, also ebenfalls das Centrum. Redner giebt eine ausführliche Darstellung der damaligen Verhandlungen und citirt u. a. Aeußerungen Windthorst's. Das Centrum greift also hier etwas an, das es selbst geschaffen hat. Wir haben das Vertrauen, daß der jetzige Kultusminister die Ordensgesetze mit größter Milde handhabt. Einen milderen Kultusminister werden Sie schwerlich bekommen (Sehr richtig! bei den Natl.) und wenn sie mit diesem Minister nicht auskommen, dann werden Sie mit keinem Minister auskommen! (Sehr richtig! bei den Natl.) Sie beweisen damit, daß Sie den Wunsch nach Frieden nur im Munde führen. (Beifall bei den Natl., Zischen im Ctr.)

Abg. **von Eynatten** (Ctr.): Wenn wir damals für das Gesetz gestimmt haben, so haben wir damit nicht seinen Inhalt anerkannt, sondern es nur als Abschlagszahlung angenommen. Es ist eine Verdrehung, es anders darzustellen. Was wir mit der Initiative erreichen, haben wir in der Frage der konfessionellen Kirchhöfe gesehen.

Abg. **v. Jazdzewski** erklärt, daß die polnische Fraktion die Ausführungen des Abg. von Heereman Wort für Wort unterschreibe. In Posen werden die Niederlassungen von Krankenpflegeorden ganz besonders erschwert.

Abg. **v. Böttinger** verwahrt sich dagegen, daß er hier über Dinge spreche, von denen er nichts verstehe. Alle Studenten müßten mindestens einen einjährigen Kursus in Irrenanstalten durchmachen.

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.): Die Bekämpfung der Geheimmittel führt manchmal geradezu zu polizeilichen Mißgriffen. So ist in Wiesbaden in den Zeitungen das Anpreisen des Friedrichshaller Bitterwassers verboten worden. (Heiterkeit.) Sowohl nach seiner chemischen Zusammensetzung ist es kein Geheimmittel, wie auch nach seiner Wirkung. (Große Heiterkeit.) Wer diese kennt, wird es nur bestätigen. (Heiterkeit.) Zum Vergnügen wird es bekanntlich auch nicht genossen, und sein Geschmack ist nicht dazu angethan, es beim Publikum besonders beliebt zu machen. Aber vielleicht hat das Bitterwasser eine politische Bedeutung, wegen welcher seine Anpreisung verboten wurde. (Heiterkeit.) Das kann ich nicht annehmen, denn es bekämpft aufs Nachdrücklichste die Obstruktion. (Heiterkeit.)

Minister Dr. **Bosse**: Dieser Fall ist uns nicht bekannt. Ich würde das Friedrichshaller Bitterwasser nicht für ein Geheimmittel ansehen. (Heiterkeit.) Ich werde dem Falle nachforschen.

Abg. Dr. **Langerhans** polemisirt gegen den Abg. Dr. Böttinger, und meint, daß ein praktisches Arbeiten in einer Entbindungsanstalt für den Arzt viel nöthiger sei als das in einer Irrenanstalt.

Abg. Frhr. **v. Heereman** bemerkt in einer persönlichen Bemerkung, daß seine Partei keine Anträge zum Ordensgesetz einbringe, weil diese keine Majorität finden würden.

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.) bemängelt, daß an den Universitäten Marburg, Kiel und Halle keine Prüfungskommission für Nahrungsmittelkunde bestehe.

Minister Dr. **Bosse**: Das Ministerium sei bereits in Erwägungen eingetreten, ob nicht auch an den genannten drei Universitäten derartige Prüfungs-Kommissionen einzurichten seien.

Abg. **v. Woyna** (frk.) wünscht eine Förderung der Bestrebungen für Bekämpfung der Tuberkulose durch Errichtung von Heilstätten.

Ministerialdirektor **Bartsch** erwidert, daß die Regierung alle Bestrebungen auf diesem Gebiete unterstütze, dabei aber an die Unterstützung des ganzen Landes appelliren müsse.

Abg. **Zunwalle** (Ctr.) möchte wissen, wo die Summen geblieben sind, und ob sie nützlich ausgegeben sind, welche s. Z. bei der Entdeckung des Tuberkulin bewilligt worden sind.

Geheimrath **Kirchner**: Die Erfahrungen mit dem Tuberkulin sind noch nicht abgeschlossen, es hat sich herausgestellt, daß es im Anfangsstadium der Krankheit in Verbindung mit entsprechender Behandlung in Heilstätten guten Erfolg verspricht. Zur Bekämpfung der Rindertuberkulose ist es unentbehrlich.

Abg. **v. Gröben** (kons.) wünscht, daß der Staat die Granulose bekämpfe, ohne Heranziehung der Gemeinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980318029/fragment/page=0002

Ministerialdirektor **Bartsch** giebt eine Uebersicht der Maßnahmen, die zur Bekämpfung dieser Augenkrankheit getroffen worden sind. Es ist zunächst durch eine Abordnung von Spezialärzten der Umfang der Krankheit festgestellt worden, dann sind Vorbildungskurse eingelegt worden, in denen bis jetzt über 200 Aerzte unterrichtet worden sind, und es werde nun eine ambulante Krankenpflege für den ganzen Krankheitsbezirk eingerichtet. Die finanzielle Mitwirkung der leistungsfähigen Gemeinden könne nicht entbehrt werden.

Damit schließt die Beratung über das Ordinarium. Das Extraordinarium wird ohne erhebliche Debatte genehmigt.

Morgen 11 Uhr Eisenbahnetat.

Ausland.

Ein Chinese über die Zukunft seines Landes.

Ein hochgestellter, offenbar durch seinen langjährigen Aufenthalt in Europa skeptisch gewordener Chinese hat sich einem Mitarbeiter des „Gaulois" gegenüber über die Zukunft seines Landes ausgelassen. Wir entnehmen diesen interessanten Ausführungen folgende Stellen:

Langsam bereitet sich die Zerstückelung des chinesischen Reichskörpers vor. Drei europäische Mächte vorzüglich sind im Zuge, daran zu arbeiten. Im Norden ist es Rußland, das Port Arthur verlangt und nahe daran ist, es zu erhalten; die Form der Pachtung ist, wie jedermann weiß, nur eine verkappte Annexion. In Wirklichkeit ist die Annexion der ganzen Mandschurei bereits daran, eine vollendete Thatsache zu werden. Wenn Rußland die heilige Stadt Mukden besitzen wird, dann wird es in den Augen der Chinesen selbst Herr Chinas sein. Deutschland hat sich wie ein Wurm an einer saftigen Frucht (!) an die chinesische Küste angehängt und sich dort Kiautschau angeeignet und knabbert sich immer weiter in Shantung durch. Die Franzosen sind im Süden, wie die Russen im Norden, in starker Stellung und haben Tonking zur Operationsbasis. Sie brauchen nur zuzugreifen. Was sie auch verlangen werden, wird ihnen eingeräumt werden, und der Weg nach Kanton wird ihnen nicht allzulang sein. Wenn es sich nur um die drei, Russen, Franzosen und Deutsche, handelte, würde die Sache im Handumdrehen erledigt sein. Rußland ist in diesem Falle ihr natürliches Bindeglied mit Deutschland und die Identität ihrer Interessen sichert die Konnexität derselben. Aber da ist noch England, dieses mal ein wenig im Rückstande, und der britische Leopard, der gewohnt ist, an allen Küsten als Gebieter majestätisch hinzuschreiten, stößt ein wüthendes Gebrüll aus, das er sich bemüht durch ganz Europa hallen zu lassen, damit sein Echo auch am Pekinger Hofe vernommen werde. Meiner Ansicht nach ist das „Ziel Lärm um Nichts." Alle Welt weiß, daß England eine sehr mächtige Marine hat; aber wenn man auch die größte Seemacht der Welt ist, so ist man darum noch lange nicht imstande, drei Ländern, wie Frankreich, Rußland und Deutschland zusammen, gegenüberzutreten. England wird nie die Gefahr eines solchen Abenteuers laufen. Die Stimme, die am stärksten in Peking ist, ist die Rußlands, weil sie aus der Nähe kommt. Rußland wird das letzte Wort behalten. Und wenn man sicher ist, das letzte Wort zu behalten, so ist jeder Vorwand gut, das erste auszusprechen.

Die kubanische Frage.

Drei Jahre alt geworden ist mit diesem Monat der Aufstand auf Kuba, und noch immer ist nicht abzusehen, wie schließlich die Lösung der kubanischen Frage lauten wird. In der Entwickelung des Aufstandes kann man drei Phasen unterscheiden: die militärische Besetzung der Insel und die Reformversuche des Marschalls Martinez Campos, das erfolglose drakonische Regiment Generals Weyler, und jetzt die Phase der Selbstverwaltung, in welcher die Persönlichkeit des Generals Blanco an Stelle der Härte General Weyler's getreten ist. Das neue System der Selbstverwaltung stößt allerdings auf große Schwierigkeiten, die noch durch den Haß wesentlich verschärft werden, der aus der Zeit der Weyler'schen Gewaltpolitik zurückgeblieben ist. Das Vertrauen ist geschwunden. Die Kubaner glauben nicht an den Bestand der spanischen Zugeständnisse, und die konservativen Spanier der Insel setzen den neuen Verhältnissen eine entschiedene Abneigung entgegen. Ueber die enormen Opfer an Menschen und Geld, welche Spanien die kubanischen Wirren gekostet haben und noch kosten, entnehmen wir dem Bericht des „Times"-Korrespondenten in Havanna Nachstehendes:

Der Krieg hat bente bereits 1152 Millionen, und die Zahlungsrückstände mit inbegriffen, 1440 Millionen Francs verschlungen. Die fortlaufenden Monatskosten belaufen sich auf mehr als 38 Millionen Francs. Die Armee ist auf beinahe die Hälfte ihres Sollbestandes zusammengeschrumpft. Gefallen, ihren Wunden und Krankheiten erlegen sind 52,000 Mann; 47,000 wurden felddienstuntauglich nach Spanien heimgesendet, in den Lazaretten oder sonst dienstuntauglich befinden sich außerdem auf der Insel noch 42,000 Mann, so daß die Stärke der regulären Armee sich nur mehr auf 70,000 Mann beläuft, wozu noch etwa 16,000 irreguläre Reiter kommen.

Oesterreich-Ungarn.

Nach einer Meldung aus Budapest verwahrte sich gestern die Postdirektion dagegen, daß in der Post ein „schwarzes Kabinet" bestehe. Die Erklärung giebt einige in der letzten Zeit vorgekommene Unregelmäßigkeiten zu; diese seien aber nur Irrthümern, nicht irgend einer Absicht zuzuschreiben. Die Post achte die Gesetze und würde sich zu der charakterlosen That der Schaffung eines schwarzen Kabinets nicht hergeben.

Italien.

Gelegentlich der gestrigen Ankunft der deutschen Studenten in Pisa war die Stadt beflaggt und die Stadtmusik bereits auf dem Bahnhofe aufgestellt, als sich plötzlich das bekannte tendenziöse Gerücht, die deutschen Studenten seien gar keine Studenten, verbreitete. Sofort verließ die Musik den Bahnhof, und alle Fahnen wurden eingezogen. Als nun die deutschen Studenten eintrafen, wurden sie mit Pfeifen und Zischen empfangen. Die Deutschen weigerten sich darauf, sich in die Stadt zu begeben, wurden aber durch den anwesenden Rector magnificus und den Bürgermeister, denen die deutschen Studenten ihre Dokumente vorlegten, später dazu bewogen. Darauf wurde die Stadt von Neuem beflaggt, und die italienischen Studenten brachten, um die Kränkung vergessen zu machen, den Deutschen lebhafte Ovationen. Darauf ließ der Stadtrath die Stadtmusik unter den Fenstern des Hotels, wo die Deutschen abgestiegen waren, spielen. Nach mehrstündigem Aufenthalte und einem Festakte in der Universitätsaula verließen die deutschen Studenten Pisa. Bei der Abfahrt überreichten ihnen die Pisaer Studenten unter Hochrufen als Andenken eine deutsche Fahne.

Griechenland.

Aus Anlaß des gegen den König verübten Mordanfalles sind die Polizeibehörden auch gegen die Anhängerschaft des kommunistischen Propheten Arnellos eingeschritten, der von Patras aus die Lehren des Kommunismus und Anarchismus verbreitete. Arnellos, ein religiöser Schwärmer, der durch seine bunderbare Tracht, durch seine streng vegetarische Lebensweise und seine glühende Beredtsamkeit auf die ärmeren Volksklassen großen Eindruck ausübte und besonders auch viele Frauen in seinen Bannkreis zog, wird jetzt als der geistige Urheber des Mordanschlages bezeichnet, obgleich er mit Kordtzi nicht in Verbindung stand. Bisher sind in verschiedenen Städten gegen zwanzig seiner Anhänger verhaftet; er selbst soll sich jedoch verborgen halten.

Afrika.

Nach den letzten aus dem ägyptischen Sudan vorliegenden Nachrichten führen Mahmud und Osman Digma ohne Zweifel eine Massenbewegung nach dem Norden aus. Am 12. d. M. sind sie von Schendy abmarschirt. Deserteure melden, daß der Vormarsch rasch von statten geht. Eine große Schaar der freundlich gesinnten Jaalins ist von Gakdul bei Metemmeh eingetroffen und beobachtet nebst den Kanonenbooten die Bewegungen der Derwische. Vom Sirdar, General Kitchener, traf die folgende Depesche auf dem britischen Auswärtigen Amte ein: „Die patrouillirenden Kanonenboote melden, daß die Hauptmasse der Derwische am Dienstag mittag zwischen 11 und 1 Uhr an der Schabaliya-Insel vorbeigezogen ist. Am 13. d. M. rückte eine Masse Derwische nach der Schabaliya-Insel. Sie wurden von der Insel mit einem Verluste von 38 Todten von einer Abtheilung ägyptischer Truppen unter dem Befehl des Majors Sitwell vertrieben. Der Major wurde schwer an der Schulter verwundet. Weitere Verluste haben wir nicht gehabt. Die Truppen werden morgen in Kimar konzentrirt werden."

Gerichtsverhandlungen.

Halle, 17. März. [Schwurgericht.] Vom Jahrmarktskrawall zum Landfriedensbruch. Anlaß zu der heutigen Verhandlung hatte ein gewaltthätiger Vorgang gegeben, der sich am 15. Sept. v. J. gegen Abend auf dem Jahrmarktsplatze (Roßplatz) an der Dessauerstraße ereignete und in Landfriedensbruch ausgeartet sein sollte. Ein Cirkusbesitzer war an jenem Tage (Mittwoch), nachdem der Jahrmarkt am Abend des Dienstags sein Ende erreicht hatte, nicht imstande gewesen, das Marktgefälle (Standgeld) zu entrichten, worauf der Marktgefälle-Pächter auf Grund eines ausgewirkten Arrestbefehls zur Pfändung schreiten ließ. Dieser Amtshandlung war von dem betreffenden Cirkusbesitzer, der infolge des ungünstigen Wetters schlechte Geschäfte gemacht hatte, hindernd entgegengetreten worden. Durch das Hin- und Herstreiten der Betheiligten hatte sich alsbald eine große Menschenmenge zusammengefunden, aus der für den Cirkusbesitzer Partei ergriffen und der Pfändungs-Akt zu vereiteln versucht wurde. Dann war es zu Gewaltthätigkeiten gegen einige Polizeibeamte und schließlich zur Verhaftung des Cirkusbesitzers Schwarz gekommen. Nun hatte sich der Genannte auf die Anklage wegen Landfriedensbruchs zu verantworten, und mit ihm erschienen ebenfalls als Angeklagte seine Frau sowie seine Stieftochter. Alle drei wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Nikolaus Schwarz ist in Stollberg (im Erzgebirge) wohnhaft, aus Gimthersdorf, Kreis Herzfeld, Bezirk Kassel, gebürtig und 35 Jahre alt. Frau Schwarz, Wilhelmine geb. Berg, ist aus Kassel gebürtig, 44 Jahre alt und seit 1883 mit ihrem jetzigen Manne verheirathet. Ihre Tochter aus erster Ehe, Mitangeklagte, ist 17½ Jahr alt, aus Kassel gebürtig, heißt Charlotte Wagner und ist von Beruf Kunstreiterin. Die Anklage lautete auf schweren Landfriedensbruch, vorsätzliche Mißhandlung und Beleidigung. Der Angeklagte Schwarz erklärte, er bekenne sich nicht schuldig. Er schilderte fraglichen Vorgang in sehr ruhiger Weise, die es auffallend erscheinen ließ, daß er sich damals furchtbar lärmend und aufgeregt benommen haben könnte. Er gab an, er sei an fraglichem Abend erst hinzugekommen, als ein Gerichtsvollzieher und zwei Polizeisergeanten an seinem Wagen waren und der Gerichtsvollzieher einen mit dem abgebrochenen Cirkus beladenen Wagen im Auftrage des Marktgefällepächters pfänden wollte. Letzterem sei er das Standgeld schuldig gewesen und der Gerichtsvollzieher (Fleckstein) habe 86,50 M. verlangt mit dem Bemerken, daß er pfänden müsse, wenn das Geld nicht gezahlt würde. Der Gerichtsvollzieher habe ihm eine Schrift gezeigt, wogegen er, Schwarz, erklärt habe, das nehme er nicht. Es war der Arrestbefehl gewesen. Der gepfändete Wagen sei vom Platze fortgeschoben, aber in der Dessauerstraße vor der Aktienbierbrauerei durch einen Polizeibeamten angehalten worden, worauf er, Schwarz, die Bremse am Wagen angedreht habe. Daß der Wagen nach dem „Grünen Hof" geschafft werden sollte, habe er nicht gewußt. Eine Stimme aus dem Publikum habe etwas gerufen. Durch den Polizeisergeanten sei er vom Wagen weggeschleudert und so behandelt worden, wie es ihm noch nie ergangen sei. Er habe nicht gewußt, daß Handwerkszeug, wie es sein Cirkus sei, für eine Schuld weggenommen werden könne. Bedeutet wurde ihm, ein darauf gerichtetes Recht müsse in solchen Fällen vorher geltend gemacht werden. Der Angeklagte gab weiter an, als er die Bremse habe lassen wollen, sei der Polizeisergeant Aveling und noch ein Polizeibeamter gekommen und beide Beamte hätten ihn gefaßt, während er sich am Wagen festgehalten und gebeten habe, man solle ihn gehen lassen. Von einem der Beamten sei er an der Gurgel, von dem anderen im Genick gepackt und dann hin- und hergezogen worden. Daß er einen der Polizisten hingeworfen habe, bestritt der Angeklagte Schwarz mit dem Hinzufügen, er habe nur um sich geschlagen, um sich Luft zu schaffen, wobei er wohl denjenigen getroffen haben könne, der ihn an der Kehle gefaßt hatte. Dann sei er für verhaftet erklärt worden, und der Polizeibeamte habe andere hinzugekommene Beamte aufgefordert, blank zu ziehen. Es seien zwei Soldaten gewesen, die ihr Seitengewehr gezogen und dem Polizeisergeanten Folge geleistet hätten. In Abrede stellte der Angeklagte, daß er laut geschrien habe: „Bringt den Wagen weg! Helft mir doch, macht mich frei." Der Polizeisergeant Teudeloff habe ihn an die Kette genommen und ihn abgeführt, wobei ihn zwei andere Polizisten links und rechts gefaßt hätten, Teudeloff aber ihn dann im Genick gepackt habe. Auch sei er beim Abführen getritt und geschlagen worden, er es nie für möglich gehalten; wie ein Stück Vieh sei er transportirt worden, und als die Marter immer schrecklicher geworden, sei er hingefallen, habe Stöße bekommen, sei bewußtlos zusammengenommen, wieder zu sich gekommen und zur Wache gebracht worden. Dort habe Teudeloff geäußert: „Schade, daß ich dem Kerl nicht den Schädel auseinander gehauen habe." Diese Aeußerung sei dem Beamten durch den Wachtmeister gerügt worden. Was man ihm, Schwarz, als Widerstand gegen die Beamten bezeichne, sei weiter nichts gewesen als das Bestreben, sich Linderung von der schlimmen Behandlung zu verschaffen. Der Polizeikommissar auf der Wache habe gesehen, wie ihm, dem Mißhandelten, das Blut an den Armen infolge Anlegens der Handfesseln heruntergelaufen sei. Frau Schwarz erklärte, sie habe dem Gerichtsvollzieher nur etwas gegen die Pfändung eingewendet, weil sie geglaubt, die Pfändung sei nicht zulässig. In Abrede stellte die Angeklagte, die Polizeibeamten geschimpft zu haben. Sie habe blos gesagt: „Die Beamten sollten lieber auf Spitzbuben und Vagabunden aufpassen, als auf ehrliche Leute." Daß sie früher angegeben, es sei nicht unwahrscheinlich, daß sie geschimpft habe, meinte Frau Schwarz in hochgradiger Aufregung geäußert zu haben. Auf der Wache habe sie ihren Mann in schrecklichem Zustande gesehen, weshalb sie zu ihm gesagt: „Wie siehst du denn aus? Du siehst ja aus wie ein Vagabund?" Dann habe der Polizist das vom „Schädelspalten" geäußert. An der Zusammenrottung wollte Frau Schwarz sich nicht betheiligt und auch nicht die Menschenmenge aufgefordert haben: „Helft meinem Manne, nehmt den Wagen weg." Charlotte Wagner gab an, sie sei auf den entstandenen Lärm aus dem Wohnwagen herausgekommen und habe gesehen, wie ein Wagen nach dem „Grünen Hofe" gebracht worden war. Dann habe sie einen der Polizeibeamten gebeten, er möge ihren Vater loslassen, sie werde ruhig mitgehen. Sie sei dann mit zur Wache gegangen, um zu sehen, was mit ihrem Vater geschehen werde. Mit Schlagen und Kratzen habe sie sich gegen niemand vergangen. Zur Beweisaufnahme war die Vorladung von 30 Zeugen anordnet. Es ergab sich aus den Zeugenbekundungen, daß der Marktgefällepächter Specht nach fruchtlosen Bemühungen, Standgeld von Schwarz zu erlangen, nur 10 M. bekommen und dann wegen unhöflicher Abfertigung sich veranlaßt gesehen hatte, keine Stundung zu gewähren, sondern mit Hilfe des Gerichtsvollziehers zu versuchen, den ganzen Rest beizutreiben. Als Pächter der hiesigen Marktgefälle, so sagte Zeuge Specht, müsse er, selbst wenn er, was nicht selten geschehen sei, Standgeld nur theilweise erlange, seinen kontraktlichen Verpflichtungen der Stadt gegenüber pünktlich nachkommen. Er würde gern Herrn Schwarz Ratenzahlungen genehmigt haben, wenn dieser ihm gegenüber nicht so schroff aufgetreten wäre. Frau Schwarz sei bei den Verhandlungen wie eine Furie gewesen. Am nächsten Tage habe ihm aber der Gerichtsvollzieher das Geld vollständig gebracht. Letzteres war den Schwarz'schen Eheleuten mit Hilfe des Cirkusbesitzers Max Reiffarth ermöglicht worden, der ihnen den Betrag für das Standgeld vorgeschossen. Gerichtsvollzieher Fleckstein schilderte den Pfändungsakt, und wie Herr Schwarz den ihm überreichten Arrestbefehl mit einer unanständigen Redensart zurückgewiesen. Laut Auslage des Polizeisergeanten Becker hatte Schwarz das Schriftstück auf die Erde geworfen und darauf herumgetreten. Aus der angenommenen Menschenmenge seien gegen die Polizeibeamten, als dieselben den Schwarz'schen Wagen in der Dessauerstraße anhielten, laute Rufe erschollen: „Nehmt doch 's Messer!" Mit vieler Mühe war es endlich gelungen, den von mehreren Polizeibeamten und dem Gerichtsvollzieher dirigirten Wagen im Gasthofe zum „Grünen Hof" unterzubringen, während noch mehrere Polizeibeamte zur Unterstützung der ersteren 3 Sergeanten: Aveling, Reisegerste und Teudeloff herbeigerufen und auch eine Sektion Militär unter Führung des Vicefeldwebels Thalheim hinzugezogen worden war, die aber nicht zum Einschreiten kam. Die Polizeisergeanten stellten in Abrede, gegen Schwarz sich ungebührlich benommen zu haben, und erklärten, nur um seinen hartnäckigen Widerstand zu überwinden, seien sie zu energischem Anfassen genöthigt gewesen. Von mehreren Zeugen wurde bestätigt, daß das Verhalten jener Beamten durchaus tadlos gewesen sei. Verletzt waren die Sergeanten Aveling, Reisegerste und Teudeloff; besonders hatten sie viel Kratzwunden davongetragen und Teudeloff war, wie er sagte, durch Schwarz zu gestoßen worden, daß er auf die Knie fiel und seinen Helm verlor. Auf der Wache hatte es sich nur um Feststellung der Schwarz'schen Personalien gehandelt, dann war Schwarz vorläufig entlassen worden. Sergeant Teudeloff gab zu, auf der Wache die Aeußerung gethan zu haben: „Schade, daß ich dem Kerl nicht den Schädel auseinander gehauen habe." Von den Entlastungszeugen wußte fast keiner etwas Bemerkenswerthes mit Ausnahme des Drahtziehers Abhäuer, der auf dem Heimwege von der Arbeit aus der Diemitzer Fabrik zufällig Zeuge der Abführung des Schwarz gewesen war. Der Zeuge bekundete, Schwarz sei von zwei Polizisten an den Handgelenken geknebelt worden, worüber das Publikum sich unwillig geäußert habe. Schwarz habe gesagt: „Laßt mich los, ich bin kein Straßenräuber; ich gehe gutwillig mit." Er sei aber weiter gezogen und geschoben worden, weil er sich sträubte. Eine Frauensperson (seine Frau oder seine Tochter) habe ihm helfen wollen, sei aber so geschoben worden, daß sie hinfiel. Aus der Wache sei ein Polizist mit gezogenem Säbel herausgesprungen und habe die Drohung ausgestoßen: „Ich haue euch gleich die Schädel entzwei." Auch ein Kommissar sei im Eingang zur Wache erschienen und habe ein Schimpfwort geäußert. Bezeugt wurde dem Angeklagten Schwarz, daß er bisher noch nie mit der Polizei etwas Unangenehmes zu thun gehabt. Die verletzten Polizeisergeanten gaben an, am Schimpfen und Kratzen hätten sich sowohl Frau Schwarz wie deren Tochter betheiligt. Letztere bestritt dies wiederholt und meinte, als die Zeugen die Beschuldigung aufrecht hielten. Nach den mehrfachen Bekundungen, wonach den Beamten bei erwähntem Vorgange mit vereinten Kräften gewaltsamer Widerstand, auch unter Bedrohung mit Gewalt, entgegengesetzt worden sei, meinte der Staatsanwalt, daß hier der Thatbestand des Aufruhrs nach § 115 Str.-G.-B. vorliegen dürfte und die Angeklagten hierauf hinzuweisen seien. Dies geschah. Es wurde dann die Formulirung der zahlreich aufzustellenden Schuldfragen berathen, die sich auf Aufruhr, Landfriedensbruch, gemeinschaftliche bezw. einfache Körperverletzung und Beleidigung beziehen werden, sowie auf verschiedene Nebenfragen. Hiermit endete die Sitzung gegen 5 Uhr und heute — Freitag — folgen die Fragestellung, Plaidoyers und Urtheilssprechung.

Güstrow, 16. März. [Eine feine Familie.] Das Schwurgericht verurtheilte heute die unverehelichte Meincke, ihre Mutter, die Tagelöhnerfrau Arndt, und ihren Stiefvater, den Tagelöhner Arndt aus Teschendorf bei Stargard wegen fahrlässiger Tödtung und Blutschande zu 3 bezw. 2 Jahren Gefängniß.

Meteorologische Station zu Halle.

	17. März (9 Uhr 12 Min. ab.)	18. März (7 Uhr 12 Min. morg.)
Barometer Millimeter	751,8	748,9
Thermometer Celsius	6,8	7,1
Rel. Feuchtigkeit	93 %	98 %
Wind	SSW 1	SSW 3

Maximum der Temperatur am 17. März 8,8° C.
Minimum in der Nacht vom 17. März zum 18. März 5,6° C.
Niederschläge am 18. März 7 Uhr morgens 15,3 mm.

Privatliche Meldung auf Grund der Wetterkarte und lokaler Beobachtungen:
Sonnabend, den 19. März.
Die Luftdruckverhältnisse hatten sich kaum verändert, ein neues Gebiet niederen Luftdrucks hatte sich über der südlichen Ostsee gebildet. Es dürfte mithin bei westlicher Luftbewegung die Fortdauer der regnerischen Witterung wahrscheinlich sein. Aus dem nordöstlichen Theile von Mitteleuropa werden Schneefälle gemeldet.

Wasserstand der Saale bei Trotha.
17. März abends, + 3,00, 18. März morgen, + 3,02.

Auskünfte über **Geschäfts- u. Privatverh.** auf das In- und Ausland erth. discr. u. prompt **Beyrich & Greve**, Halle, gr. Ulrichst. 42, I. Fernsp. 625.

Otto Kummer, Spezial-Geschäft feiner Genfer und Glashütter Taschenuhren. Poststraße 10. Moderne Zimmeruhren.

Thee-Messmer
Berühmte Mischungen Mk. 2.80 u. 3.50 p. Pfd. Probepackete 60 und 80 Pfg. **Gebr. Zorn,** Hoflief. und **Sprengel & Rink.**

Gesuche und **Angebote** jeder Art werden unter Discretion an die für den speciellen Zweck bestgeeignete Zeitung befördert und einlaufende Offertbriefe täglich dem Auftraggeber zugesandt von der im In- und Auslande seit vielen Jahren bekannten **Central-Annoncen-Expedition von G. L. Daube & Co.** Vertreten in allen grösseren Städten.

In Halle a. S.: **Schroedel & Simon** (Mart. Schilling), Buch- und Kunsthandlung, Grosse Ulrichstrasse 50.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980318029/fragment/page=0003

S. Weiss, Halle a. S.

Grösstes Special-Geschäftshaus der Provinz Sachsen.

In allen Artikeln der **Herren-** und **Knaben-Moden** bietet mein **reich** ausgestattetes Lager:

Neuheiten der Saison. — Massen-Auswahl. — Gediegenste exakte Herstellung.

Confirmanden-Anzüge

in Stoff und Kammgarn.

Confirmanden-Anzüge

in Cheviot und Kammgarn von Cheviot **9 Mk.** an bis zu den feinsten Qualitäten.

Frühjahrs-Paletots, Mäntel, Havelocks, Gummi-Mäntel

mit Stoffbezug,

Jagd- und Hausjoppen

in jeder Preislage bis zu den feinsten Qualitäten.

Trauringe

à Paar von 2, 4, 6, 10, 16, 20, 24, 27, 30, 36, 40, 50 bis 60 Mk.
Armbänder v. 1, 2, 4, 6, 10 bis 20 Mk.
Medaillons für Herren u. Damen von 3, 5, 8, 10, 18 bis 40 Mk.
Herren- u. Damenketten von 1, 1.50, 2, 3, 4, 5, 8, 10 bis 50 Mk.
Ohrringe u. Brochen von 1, 1.50, 2, 3, 4, 6, 10, 15 bis 20 Mk.
Herren- u. Damenringe von 2, 3, 4, 5, 6, 8, 10 bis 20 Mk.
Halsketten, Kreuze, Korallenketten, Manschettenknöpfe von 2, 3, 4, 5, 6 bis 18 Mk.

Die Waaren sind in meinem Schaufenster mit den Preisen ausgestellt.

Grosse Auswahl

Regulator, in den neuest. Mustern, in fol. u. eleg. Ausf., von 14 M. an bis 150 M.
Goldene Damen-Remontoir von 20 M. an bis 300 M.
Goldene Herren-Remontoir von 50 M. an bis 300 M.
Silberne Herren-Remontoir von 10—65 M.
Schwarze Stahluhren f. Herren u. Damen v. 12—60 M.
Nickeluhren v. 6 M. an.
Weckuhren v. 3 M. an.
Sehr gute Waare.

Für gutes Gehen leiste 2 Jahre Garantie.

H. Schindler,
Uhren- u. Goldwaaren-Handlung, Gr. Ulrichstr. 35, Ecke der Promenade.
Billigste und beste
Reparaturen-Werkstatt.

Vorzüglich schmeckende
Pfannkuchen und Kartoffelkringel
mit Vanilleguß und feinster Fruchtfüllung,
ächt Koch'schen Matzkuchen,
unübertroffen,
schlesischen Sträußeltkuchen
von feinster Sahnenbutter,
feinste Berliner u. Hallesche
geriebene Napfkuchen,
eine große Auswahl geschmackvoller Kuchen-, Conditoreiwaaren u. Tortenausschnitte.
Specialität:
Nusstorten.
Sonntags früh
frischen Speckkuchen.

Carl Koch,
Herrenstraße 1.
— Fernsprecher 531. —

Möbel-Fabrik und Magazin
von
Reinicke & Andag,

Gr. Klausstr. 40, am Markt, **Gr. Klausstr. 40,** am Markt,
empfehlen ihre große Auswahl selbstgefertigter
Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren.

Permanente Ausstellung fertiger Zimmereinrichtungen.
Ganze Ausstattungen, sowie einzelne Stücke, von einfachster bis elegantester Ausführung zu äußerst billigen aber festen Preisen.
Durch unsere großen **Tischlereien** sind wir in der Lage, den weitgehendsten Ansprüchen genügen zu können.
Besichtigung unserer **Magazine und Werkstätten,** auch ohne zu kaufen, gern gestattet.

Prima frische **Vollfettbücklinge,** Kiste, 30 Stück Inhalt, 90 Pfg.
Rich. Pfeiffer, Nicolaistr. 6, Händelhaus.

Siphon-Bier-Versand

Paul Dänhardt
Halle a. S.
Fernspr. 919 ✿ **Großer Berlin** ✿ Fernspr. 919
empfiehlt:

		pr. Krug 5 Ltr.-Inh.
Feinstes dunkles Tafelbier	(Lagerbier)	Mark 1.50.
Feinstes Tafelbier	nach Pilsener Art	„ 1.50.
„ „	nach Münchener Art	„ 1,75.
Münchener Bürgerbräu,	Bürgerliches Bräuhaus, München	„ 2.50.
Culmbacher Petzbräu, Ia. Qualität,		„ 2.50.
Neu aufgenommen:		
Original-Pilsner,	Bürgerl. Bräuhaus Pilsen	„ 3,—.

Größte Haltbarkeit des Bieres.

Bei Familien-Festlichkeiten 2c. im Hause das Beste.

D. R. P. Nr. 92682.

MAGGI ist ganz vorzüglich, um augenblicklich jede schwache Suppe höchst schmackhaft und kräftig zu machen. In Originalfläschchen von 35 ₰ an bei
H. W. Haake, Gr. Klausstraße 16,
en gros & en detail.

Hochf. Salon-Einrichtung, Speise-Zimmer, Specialität, Schlafzimmer, extra gefertigt, sieht preiswerth zum Verkauf.
R. Zeppel, Geiststraße 21.

Schmeerstrasse Nr. 3.

Confirmations-Geschenke
größte Auswahl, billigste Preise.
F. R. Tittel,
Gold- und Silberwaaren, echte u. unechte Bijouterien.
en gros & en detail.

Confirmations-Geschenke:
Gesangbücher,
Gedenkbücher,
Confirmationskarten,
Religiöse Glasbilder,
Poesie-Albums,
Tagebücher,
Album für Kochrecepte,
Postkarten-Albums,
Briefmarken-Albums,
Briefmappen,
Brief-Cassetten in ff. Packungen,
Promenaden- und Damentäschchen,
Portemonnaies,
Cigarrenetuis,
Pompadours,
Damen-Näh-Necessaires,
Cassetten für Damenschmuck,
Elegante Handschuhkasten,
Photographie-Albums,
Richtiggehende Taschenuhren für Herren, 3 u. 5 Mk.
Kleine Damenuhren, 5 Mk. p. Stck.
in **größter** Auswahl.

Albin Hentze,
24 Schmeerstraße 24.

Wecker
mit Abfteller
Mark 2,50,
2 Jahre Garantie.
C. Hammer
Uhrenhandlung,
42 Leipziger St. 42.

Auction.

Sonnabend den 19. ds. Vormitt. 11 Uhr versteigere ich Geiststr. 39 hier zwangsweise:
4 Häute Sohlenleder, 2 Ladentische, 3 Waarenregale, 1 Partie Stiefeletten, Knopf-, Zug- und Schnür-Stiefeln, 1 Tafelwaage, 1 Buffet, 1 Schreibtisch, Vertico w., Kleidersekretäre, Sopha, Spiegel, Kommoden, Bilder, Stühle, 1 Reise- und 3 Musterkoffer, 1 Teckin, 11 Bde. Jugendschriften 2c.
Hirsch, Gerichtsvollzieher.

Auction!

Sonnabend, den 19. d. Mts., Vormittags ¾10 Uhr versteigere ich Geiststraße 39 zwangsweise:
1 altdeutschen Ritterkaminofen, ein Polypbon, 1 Schreibschrank, ein Vertikow, 1 Eisschrank, ein vollständ. Bett, 2 Kleiderschränke, ein Sopha und eine Kommode.
Friedrich, Gerichtsvollzieher.

Auction.

Sonnabend den 19. März cr. Vorm. 11 Uhr versteigere ich Geiststraße 39 hier zwangsweise:
ein Zweirad (Wanderer),
ferner Mittags 12 Uhr im Gasthof zum Röderberg in Giebichenstein:
1 Vertikow und 2 fünfarmige Leuchter mit Tischchen von Metall.
Dietze, Gerichtsvollzieher.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 3 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980318029/fragment/page=0004